



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Claudia Köhler, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

**hier: Schulbudget für Externe für Bildungsangebote im Bereich Politische Bildung
(Kap. 05 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap 05 04 wird ein neuer Tit. „Schulbudget für externe für Bildungsangebote im Bereich Politische Bildung“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe 2.000,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Politische Bildung ist wichtiger denn je. Dabei geht es um die Vermittlung von Wissen und Werten, aber auch um praktisches Handeln. Auch um (rechts-)extremistischen Vorstellungen begegnen zu können, müssen Demokratieerziehung und Extremismusprävention intensiviert werden. Mit den beantragten Mitteln sollen an Schulen mehr Bildungsangebote auch externen Anbieter eingerichtet werden und die Schulen zu Orten lebendiger Demokratie weiterentwickelt werden. Die bisherigen Maßnahmen reichen dazu nicht aus. Bayern belegt auch dieses Jahr erneut den letzten Platz des nationalen Rankings Politische Bildung von der Universität Bielefeld. Politische Bildung ist an allen Schularten im nationalen Vergleich sehr schlecht aufgestellt. Beispielsweise beginnt das Fach Politik und Gesellschaft an den Realschulen und am Gymnasium erst in der 10. Klasse. Wenn das Wahlrecht auf 16 herabgesetzt werden soll, ist das ein viel zu später Beginn. Die meisten Lehrkräfte unterrichten zudem fachfremd (vgl. Drucksache Nr. 18/25679 vom 05.12.2022). Darum ist es wichtig, die Schulen durch externe Anbieter beim Thema Politische Bildung zu unterstützen.